

16 Neue Bestimmungen für Zugang von Festlandchinesen nach Hongkong und Macau

Obwohl Hongkong vom 1. Juli an zu China gehören wird, wird der Zugang von Festlandchinesen in die neue Sonderverwaltungsregion restriktiv gehandhabt und strengen Kontrollen unterworfen. Auch in die Sonderwirtschaftszonen wie Shenzhen und Zhuhai können Chinesen nur mit offizieller Genehmigung übersiedeln, aber diese dürfte insgesamt leichter zu erlangen sein als für Hongkong und Macau. Zumindest wurden kürzlich eigens für diese beiden Gebiete vom Amt für öffentliche Sicherheit neue Bestimmungen unter dem Titel „Regeln für die Kontrolle von Zugangsgenehmigungen inländischer Residenten, die nach Hongkong oder Macau gehen“ erlassen. Nach den neuen Regeln werden die Anträge der besseren Kontrolle wegen standardisiert und über EDV bearbeitet. Sie werden zuerst in 15 Einheiten auf Provinzebene, darunter in der an Hongkong und Macau angrenzenden Provinz Guangdong und in Fujian, versuchsweise angewendet. Die Standardisierung erstreckt sich auf „vier Vereinheitlichungen“, die in ganz China Geltung haben sollen, nämlich einheitliche Antragstellung, einheitliche Voraussetzungen für die Genehmigung, einheitliche Fristen für die Genehmigung und einheitliche Gebühren. In den neuen Bestimmungen sind genaue Quoten für verschiedene Gruppen von Antragstellern festgelegt und die Voraussetzungen für die Zugangsgenehmigung genau spezifiziert. Außerdem werden die örtlichen Behörden dazu verpflichtet, die Quoten, Voraussetzungen und Ergebnisse öffentlich bekanntzumachen. Wenn nach Bewilligung eines Antrags und der öffentlichen Bekanntgabe binnen 15 Tagen kein Einspruch aus der Öffentlichkeit erfolgt, muß die zuständige Behörde unverzüglich die entsprechenden Dokumente ausstellen. (Vgl. RMRB, 7.5.97)

Ein besonderes Problem stellt die Familienzusammenführung dar. Viele Festlandchinesen arbeiten schon jetzt in Hongkong, haben aber ihre Familien auf dem Festland zurückgelassen. Eheleute können zusammengeführt werden, aber normalerweise sollen die Kinder bei Verwandten oder Gastfamilien in China bleiben (entsprechende Bestimmungen gibt es auch für die Kinder von Migranten). Unter bestimmten Bedingungen, so wird in der neuen Regelung verfügt, darf aber ein Antragsteller oder eine Antragstellerin ein Kind unter 14 Jahre mitneh-

men, damit Probleme wie namentlich der Schulbesuch besser gelöst werden können (ebd.). -st-

17 Novellierung der Bestimmungen zum Internet

Die chinesische Regierung hat im Mai eine Neufassung der „Vorläufigen Bestimmungen über die Kontrolle internationaler Datennetze“ vorgenommen, die erstmalig Anfang Februar 1996 erlassen worden waren (s. C.a., 1996/2, Ü 15). Die Neufassung wurde am 31.5.1997 in der *Volkszeitung* veröffentlicht (engl. Übers. in SWB, 4.6.97, nach Xinhua, 30.5.97). Abgesehen von kleineren formalen Änderungen betrifft die wichtigste Änderung den Artikel 5 über das Kontrollgremium. Während dieses in der ersten Fassung die Führungsgruppe des Staatsrats für Wirtschaftsinformation war, ist für die Kontrolle, Koordinierung, Planung usw. jetzt die „Führungsgruppe des Staatsrats für Informationstechnologie“ (*Guowuyuan xinxihua gongzuo lingdao xiaozu*) zuständig. Dieses Organ wurde bereits im Mai 1996 errichtet und hat größere Kompetenzen als das vorher zuständige Organ. Zudem ist es mit seinem Leiter Zou Jiahua hochrangig besetzt. Zou Jiahua ist Politbüromitglied und stellvertretender Ministerpräsident. Die Kontrolle über den Zugang zu internationalen Datenautobahnen ist nur eine der Aufgaben, die in den Kompetenzbereich der Führungsgruppe für Informationstechnologie fallen. Deren Hauptaufgabe besteht in der Entwicklung, Planung und Koordinierung der Informationstechnologie in China, der im 9. Fünfjahrplan (1996-2000) strategische Bedeutung zukommt. Bis zum Jahr 2000 will China ein relativ vollständiges nationales Informationssystem aufbauen, das insbesondere der chinesischen Volkswirtschaft von Nutzen sein soll. Der Ausbau des Informationssystems war Gegenstand einer Konferenz, die Mitte April 1997 in Shenzhen stattfand und auf der Zou Jiahua entsprechende Pläne erläuterte (vgl. Xinhua Inlanddienst, chin., 18.4.97, nach SWB, 24.4.97).

Demgegenüber spielt die Kommunikation über internationale Datennetze derzeit noch eine untergeordnete Rolle, schon allein wegen der Sprachbarriere. Zu Beginn des Jahres 1997 belief sich die Zahl der Internet-Benutzer in China auf gut 100.000. Das Internet ist in China seit Juni 1995 für die Öffentlichkeit zugänglich, der Zugang freilich streng kontrolliert, wie in den

Bestimmungen dargelegt. Für den Internet-Verkehr stehen zwei allgemeine öffentliche Netze zur Verfügung, das vom Ministerium für Post und Telekommunikation betriebene Chinanet und das vom Ministerium für Elektronikindustrie betriebene GBnet (Golden Bridge Network). Zusätzlich gibt es vier Spezialnetze, darunter eines der Akademie der Sozialwissenschaften. (Vgl. XNA, 25.1.97) -st-

Außenwirtschaft

18 Frankreichs Wirtschaft drängt nach China

Mitte Mai 1997 besuchte der französische Staatspräsident Chirac die VR China. Chirac wurde von einer Delegation begleitet, die aus 300 Personen bestand, davon waren 56 Wirtschaftsvertreter. Die Reise sollte die sino-französischen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen verbessern. In einer gemeinsamen Erklärung wurde vereinbart, daß zweimal im Jahr ein bilaterales Außenministertreffen sowie einmal pro Jahr ein Besuch auf höchster politischer Ebene stattfinden wird. Während des Zusammentreffens wurden verschiedene zwischenstaatliche Abkommen unterzeichnet, darunter eine Vereinbarung über die gemeinsame friedliche Nutzung des Weltraumes und die Entwicklung von Atomenergie zu zivilen Zwecken. (Xinhua News Agency, Beijing, in English, 16.5.97, nach SWB, 19.5.97; NZZ, 15.5.9 und 17./18.5.97)

Ein Zeichen für die Intensivierung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit wurde mit dem Abschluß einer Reihe von Wirtschaftsverträgen gesetzt. Hierbei handelt es sich insbesondere um

* ein Rahmenabkommen über die Bestellung von 30 Airbussen des europäischen Flugzeugkonsortiums, an dem Frankreich einen Anteil von 38% hält;

* einen Vorvertrag über die gemeinsame Produktion eines 100-sitzigen Flugzeuges. Die Partner in dem Projekt sind die Aviation Industry of China, Airbus Industrie, Alenia of Italy und Singapore Technologies Aerospace;

* einen Vertrag über den Kauf von 10 ATR-Flugzeugen für die Fluggesellschaft der Provinz Xinjiang;

* eine Vereinbarung über eine Kooperation für die Herstellung von 5,5t-Hubschrauberrotoren;

* eine Absichtserklärung über ein sino-französisches Unternehmen zur Herstellung von Sicherheitsgurten in Flugzeugen;

* eine Vereinbarung über die Gründung eines Joint Venture-Unternehmens im Pflanzenschutzbereich sowie

* eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit bei der Herstellung von Flugzeugantrieben. (XNA, 16.5.97)

Weiterhin soll die französische Versicherungsgesellschaft Axa UAP die Genehmigung bekommen, in China aktiv zu sein. Bereits seit 1989 hat Axa UAP in drei chinesischen Städten, nämlich Beijing, Shanghai und Guangzhou, Repräsentanzen. Insgesamt soll sich der Wert der vereinbarten Projekte und Verträge auf rd. 2 Mrd. US\$ belaufen. (FT, 15.5.97)

Die französische Regierung versteht sich ebenfalls als Türöffner für ihre Unternehmen, die zwar weltweit einen Handelsanteil von 5,5% aufweisen, jedoch nur mit 1,67% zu Chinas Importen beitragen. Frankreich steht auf Rang 11 der Einfuhrländer und liegt damit nicht nur hinter Deutschland, sondern auch hinter Italien, Kanada und Südkorea. Von den ausländischen Investitionen, die 1995 nach China flossen, stammten lediglich 0,8% aus Frankreich. (FT, 14.5.97)

Chinesischen Quellen zufolge hat Frankreich bis Ende 1996 in insgesamt 1.128 Projekte in China investiert. Der Wert der vertraglich vereinbarten Investitionen beläuft sich auf 3,073 Mrd. US\$, realisiert wurden davon 1,508 Mrd. US\$. Innerhalb der EU-Länder liegt Frankreich damit auf Rang drei der wichtigsten Investoren. (XNA, 15.5.97)

Chirac strebt einen deutlichen Anstieg der französischen Exporte auf 6% an und hofft, daß die abgeschlossenen Wirtschaftsverträge dazu beitragen werden. Außerdem diene die Reise der Unterstützung von einigen Projekten, die sich noch in der Planungsphase befinden. Hierzu zählt der Wunsch der GEC-Alstom, an Aufträgen über die Kraftwerkseinheiten für den Drei-Schluchten-Staudamm beteiligt zu werden.

Eine Reihe von französischen Unternehmen hat bereits sehr erfolgreich

den chinesischen Markt erschlossen. So weist die Alcatel, Anbieter von Telekommunikationsausrüstungen, einen relativ hohen Marktanteil auf. Dagegen ist der französische Automobilkonzern Peugeot mit seinem Joint Venture in eine krisenhafte Lage geraten und denkt über einen Ausstieg nach. Auch die Elf Aquitaine hat trotz einer Reihe von Joint Venture-Gründungen Einbrüche erlebt. Das Unternehmen war 1995 aus einem geplanten Raffinerie-Projekt im Werte von 2,5 Mrd. US\$ wieder ausgestiegen, als die Kosten extrem gestiegen waren. (FT, 14.5.97)

Das französische Chemieunternehmen Elf Atochem, das zum Konzern Elf Aquitaine SA gehört, hat sein China-Engagement erheblich verstärkt. Noch vor dem Chirac-Besuch, der allerdings hierbei geholfen haben soll, erhielt das Unternehmen Anfang Mai die Genehmigung der Zentralregierung, ein Holdingunternehmen zu gründen. Die Holding wird ein registriertes Kapital von 30 Mio. US\$ haben und soll die China-Aktivitäten der verschiedenen Joint Venture-Unternehmen von Atochem kontrollieren.

Seit 1987 hat Atochem vier Gemeinschaftsunternehmen in China aufgebaut; weitere 10 Projekte der Zusammenarbeit mit chinesischen Unternehmen wurden in verschiedenen Industriezonen durchgeführt und 17 Technologieimporte realisiert. Atochem verfügt inzwischen über fünf Repräsentanzen in China, darunter in Beijing, Guangzhou und Shanghai. (XNA, 14.5.97)

Ebenfalls Anfang Mai d.J. hat Atochem einen neuen Joint Venture-Vertrag unterzeichnet. Der chinesische Partner ist die Wuhan Organic Chemical Industry Co. Für das Gemeinschaftsunternehmen sind Investitionen in Höhe von 20 Mio. US\$ vorgesehen. Nach Angaben des Unternehmens gibt es weitere 15 Projekte, die mit chinesischen Ministerien diskutiert werden; die Investitionen für diese Projekte würden sich auf rd. 300 Mio. US\$ belaufen. Bis zum Jahre 2001 erwartet Atochem einen Jahresumsatz in China von 500 Mio. US\$. Dies würde gegenüber dem jetzigen Stand eine Erhöhung um das 2,5fache bedeuten. (AWSJ, 14.5.97; XNA, 14.5.97)

Am 17.5.97 wurde in Gegenwart des französischen Industrieministers Borota ein Joint Venture in Dalian (Provinz Liaoning) aus der Taufe gehoben,

das in der Rangfolge als das größte Gemeinschaftsprojekt mit Frankreich nach dem Daya Bay-Atomkraftwerk von den chinesischen Lokalbehörden bezeichnet wurde. Es handelt sich dabei ein Raffinerie-Projekt mit einem Volumen von rd. 1 Mrd. US\$, an dem das Unternehmen Total mit einem Anteil von 200 Mio. US\$ beteiligt sein wird. (*Le Monde*, 18./19.5.97)

Ebenfalls im Mai hat die französische Chemie- und Pharmagruppe Rhone-Poulenc S.A. ein Joint Venture in China gegründet. Chinesischer Partner ist die Beijing Chemical Industry Group. Das Gemeinschaftsunternehmen, die Beijing Rhone-Polenc Eastern Chemicals Co. mit Sitz in Beijing, wird ab Herbst 1998 Tenside herstellen. Das Investitionsvolumen wird sich auf 30 Mio. US\$ belaufen; das französische Unternehmen wird mit 60% eine Kapitalmehrheit halten. (HB, 2.6.97)

Ein weiteres sino-französisches Unternehmen im Pharmabereich wurde zwischen der Beaufour-Ipsen Pharmaceutical Group und der Tianjin Municipal Bureau of Land Administration, mit dem das französische Unternehmen einen Landpachtvertrag unterzeichnet hat, geschlossen. Die Gesamtinvestitionen werden sich auf 200 Mio. Yuan (24 Mio. US\$) belaufen; mit 90% hat Beaufour-Ipsen den Hauptanteil. Das Unternehmen will zunächst u.a. das Medikament „Smecta“ gegen Diarrhöe herstellen. Das Tianjiner Unternehmen soll auch Zentrum für Forschung und Entwicklung für neue Medikamente werden. Beaufour-Ipsen hat bereits zwei Gemeinschaftsunternehmen in China, und zwar in Shandong und Jiangsu. (XNA, 26.5.97)

Vor dem Hintergrund rückläufiger Absatzzahlen in Europa hat der französische Hersteller von elektrischen Haushaltsgeräten Moulinex seine Auslandsproduktion erhöht. In China gründete das Unternehmen jetzt mit dem chinesischen Partner Zong Shan Xiaolan Construction & Development Co. in Xiaolan bei Guangzhou (Provinz Guangdong) ein Gemeinschaftsunternehmen. Im Joint Venture hält Moulinex die Kontrollmehrheit. Vom Produktionsstandort in Südchina will Moulinex wettbewerbsfähige Produkte zukünftig für den Asien- und Pazifikraum vertreiben. (FAZ, 23.5.97) Das Gemeinschaftsunternehmen will bis zum Jahre 1998 jährlich 300.000 Mikrowellenherde mit Patenten von Moulinex herstellen. Für den chinesischen Markt sollen außerdem andere kleine elektri-

sche Haushaltsgeräte produziert werden. (XNA, 20.5.97)

Mitte Mai d.J. hat die französische Danone-Gruppe mit der Dongxihu Brauerei Corp. in der Stadt Wuhan (Provinz Hubei) ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet. Die Investitionen des französischen Partners belaufen sich auf 320 Mio. Yuan, damit hält dieser einen Anteil von 60% am Gemeinschaftsunternehmen. Das Joint Venture wird demnächst eine moderne Abfüllanlage für Bier aufstellen.

Die Danone-Gruppe zählt zu Europas drittgrößtem und weltweit zum sechstgrößten Bierproduzenten mit einer jährlichen Produktionskapazität von 2,4 Mio. t. Die Wuhan Dongxihu Brauerei ist Chinas fünfgrößtes Brauereiunternehmen und produziert 370.000 t Bier pro Jahr. (XNA, 17.5.97) -schü-

19 USA verlängern Meistbegünstigung

Mitte Mai d.J. hat der US-Präsident Clinton die Meistbegünstigung für chinesische Einfuhren um ein weiteres Mal verlängert. Clinton zufolge sei dies der beste Weg, um China weiter in den Kreis der Nationen zu integrieren und die eigenen Interessen zu wahren. Der US-Präsident wies auch darauf hin, daß eine Nichtverlängerung der Meistbegünstigung schwerwiegende Folgen für die USA hätte. So wären die US-Unternehmen von einem der am schnellsten wachsenden Märkte ausgeschlossen; vom Handel mit China seien inzwischen bereits 170.000 amerikanische Arbeitsplätze abhängig. Auch die Außenministerin Albright verteidigte Clintons Entscheidung, da anderenfalls die USA riskiert hätten, in der Welt isoliert zu werden. Eine Nichtverlängerung wäre von den Freunden und Alliierten der USA sicherlich nicht verstanden worden. (XNA, 21.5.97)

Mit der Verlängerung der Meistbegünstigung erhält China weiterhin dieselben Zollerleichterungen wie die meisten Handelspartner der USA. Allerdings wird, wie auch in den Jahren zuvor, noch eine heftige politische Diskussion stattfinden. Es wird jedoch nicht damit gerechnet, daß die Entscheidung sich verändert, da nicht genügend Stimmen im Kongreß gegen Clinton bestehen. (SZ, 21.5.97)

Welche fatalen Auswirkungen die Entziehung der Meistbegünstigung aber auch für China gehabt hätte, zeigt die folgende Tabelle mit einem Vergleich

der Einfuhrzölle der USA mit bzw. ohne Meistbegünstigung am Beispiel einiger repräsentativer Produkte.

Einfuhrzollsätze in Prozent

Produkte	Zoll-	
	satz mit MB	satz ohne MB
Stahlprodukte	0-5	5-20
Gummischuhe	37	66
Spielzeuge	19	55
Mäntel	19	55
Elektr.Motoren		
Generatoren	3-8	35

MB = Meistbegünstigung Quelle: AWSJ, 16.4.97.

Daß die Meistbegünstigung nicht mehr als politisches Druckmittel eingesetzt wird, zeigt ein gleichzeitig laufendes Verfahren gegen chinesische Firmen, die chemiewaffenfähige Produkte an den Iran verkauft haben sollen. Die Unternehmen erhielten Sanktionen, und es wurde ihnen der An- und Verkauf von Produkten in den USA untersagt. Die chinesische Seite protestierte gegen die Sanktionen. (IHT, 24./25.5.97; SZ 24./25.5.97) -schü-

Binnenwirtschaft

20 Reform der Staatsunternehmen: Strategien für 1997, Reformerfolge, Probleme

Reformstrategie für 1997:

Für 1997 hat der Minister der Staatlichen Wirtschafts- und Handelskommission, Wang Zhongyu, die Strategie zur Umstrukturierung der Staatsunternehmen in einem Interview mit der Zeitschrift *Ban Yue Tan* erläutert. Hierbei gehe es insbesondere um die Weiterführung angelaufener Reformvorhaben zur Umstrukturierung der Unternehmen. Mehr als 2.500 Unternehmen seien als Pilotunternehmen von der Zentral- bzw. von der Provinzregierung ausgewählt worden. In diesen Unternehmen sei bereits mit der Implementierung von Reformmaßnahmen begonnen worden. Diese Pilotunternehmen sollten so weit wie möglich in moderne Unternehmen umgestaltet werden. Es sollten Unternehmen mit neuen Rechtsformen und Kontrollmechanismen hinsichtlich der Beziehungen zwischen Eigentümern,

Managern und Arbeitskräften entstehen.

Weiterhin sei die Fortsetzung der Reform in den Pilotstädten, in denen die Unternehmen eine optimale Kapitalstruktur erreichen sollen, vorgesehen. Die Zahl der Pilotstädte soll von 58 auf 110 ausgeweitet werden. Dabei sollen Fragen zu Fusionen und zu Konkursen bei der Fortsetzung der Reform durch die Gründung von Führungsgruppen für diese Aspekte, detaillierte Pläne zur Umsetzung und ausführliche Berichterstattung besonders berücksichtigt werden. Nur in den Pilotstädten dürften in kontrollierter Weise Konkursverfahren durchgeführt, außerhalb dieser Städte müßten eingeleitete Konkursverfahren gestoppt werden.

Darüber hinaus soll die Unterstützung für große Staatsunternehmen fortgesetzt werden. Hierbei gehe es in diesem Jahr zunächst um die Formulierung und Implementierung einer Politik zur Unterstützung von Schlüsselunternehmen. Bevor zusätzlich 200 Unternehmen in das Förderprogramm aufgenommen würden, sollten erst die Erfahrungen aus den 300 Unternehmen, die bereits gefördert worden sind, zusammengefaßt werden. Die Unterstützung schließe die Hilfe bei der Gründung von Finanzunternehmen, die Ausweitung der Außenhandelsaktivitäten dieser Unternehmen, den Aufbau von technischen Entwicklungszentren etc. ein. Weiterhin solle die Zahl der Unternehmensgruppen von derzeit 57 auf 100 ausgeweitet werden, die auf nationaler und internationaler Ebene eine hohe Wettbewerbsfähigkeit aufweisen sollen.

Von besonderer Bedeutung im Zusammenhang mit der Reform der Staatsunternehmen sieht Wang Zhongyu die Frage der Freisetzung von Arbeitskräften an. So sollen insgesamt mehr Arbeitskräfte entlassen und in andere Beschäftigungsmöglichkeiten transferiert werden. Hierbei sei die Erfahrung von Shanghai und anderen Städten bei der Formulierung und Umsetzung der Politik einzubeziehen.

Auf die Frage von Journalisten, welche Maßnahmen in diesem Jahr zur Anpassung der Industriestrukturen durchgeführt werden, wies Wang zunächst darauf hin, daß die unausgeglichene Industriestruktur sowie der Produktmix für die staatseigenen Unternehmen die größten Probleme darstellten. Zu den Maßnahmen, die in diesem Jahr zur Verbes-